

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH



Medienmitteilung

Überparteiliche Motion «Eindämmung von wettbewerbsverzerrender Konkurrenz durch Staatsbetriebe»

Taten statt Worte – unsere KMU brauchen jetzt dringend Lösungen!

Die überparteiliche Arbeitsgruppe – in welcher alle Grossratsfraktionen vertreten sind – sieht sich in ihrem Anliegen bestätigt, denn der Kanton Bern anerkennt grundsätzlich den Handlungsbedarf bei wettbewerbsverzerrender Konkurrenz durch Staatsbetriebe. Sie bedauert aber gleichzeitig sehr, dass er sich weiterhin schwertut, die Problematik mit der nötigen Konsequenz anzugehen. Die «Fair ist anders»-Arbeitsgruppe wird die Antwort nun im Detail anschauen und sich dann vor der Herbstsession treffen, um die weiteren Schritte zu definieren.

Die breit abgestützte Motion umfasst drei Punkte: Im ersten Punkt wird der Regierungsrat aufgefordert, bei Unternehmen, an denen er beteiligt ist, für den Monopolbereich Zweckartikel einzuführen, die eine genaue Definition der Grundversorgung umfassen. Mit dem von der Regierung vorgeschlagenen Prüfauftrag kann die Arbeitsgruppe vorerst leben. Nicht leben kann sie mit der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung von Punkt 2, der die Staatsbetriebe verpflichten soll, ihre Kennzahlen, Geldflüsse und indirekten Finanzierungen offenzulegen. Nicht akzeptabel ist die Ablehnung von Punkt 3. Es ist zwingend nötig, dass angebrachte Compliance-Massnahmen auf den vertikalen Ebenen sowie eine Aufsicht gebildet werden, die den Zweck verfolgen, private Unternehmen vor unfairer Konkurrenz durch staatliche und staatsnahe Unternehmen zu schützen und für gleichlange Spiesse zu sorgen.

Die überparteiliche Arbeitsgruppe reichte die Motion in der Wintersession 2022 ein. Der Vorstoss basiert auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen der [Studie](#) «Der Staat als Teilnehmer am Wettbewerb», welche das Zentrum für Wettbewerbsrecht und Compliance an der ZHAW erstellt hat und welche die überparteiliche Arbeitsgruppe unter der Federführung von Berner KMU am 1. November 2022 an einer Medienkonferenz vorgestellt hat. Die Studie hat klar aufgezeigt, dass gesetzliche Rahmenbedingungen für den Markteintritt des Staates eine notwendige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der Berner Volkswirtschaft darstellt. Im Moment sind aber zahlreiche Berner Gemeinden und der Kanton Bern an Unternehmen beteiligt oder besitzen diese sogar ganz. Diese stellen häufig eine ungleiche Konkurrenz für die Privatwirtschaft dar, denn die Abgrenzung zwischen dem Monopol- und Wettbewerbsbereich ist bei staatsnahen Unternehmen oftmals nicht klar geregelt.

Für zusätzliche Auskünfte:

Lars Guggisberg, Direktor Berner KMU, 079 621 48 78
Katharina Baumann (GR EDU), 079 781 54 61
Sibyl Eigenmann (GR Die Mitte), 079 795 50 41
Andrea Gschwend-Pieren (GR SVP), 079 290 08 19
Peter Haudenschild (GR FDP), 078 603 02 31
Beat Kohler (GR Die Grünen), 079 388 26 69
Simon Ryser (GR glp), 079 456 81 04
Nicola von Greyerz (GR SP), 078 684 17 13
Markus Wenger (GR EVP), 079 769 25 67
Nina Zosso, Leiterin Kommunikation Berner KMU, 079 218 86 28

19. Juni 2023